



Beilage Vorlage Stadtparlament

**Reglement über den Fonds zur Förderung der
Arbeitsintegration
(SONO-Fonds)**

Vom ...

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SRS Nummern)

Neu: **321.2**

Geändert: –

Aufgehoben: –

Das Stadtparlament erlässt gestützt auf Art. 110m des Gemeindegesetzes vom 21. April 2009¹⁾ sowie Art. 32 Abs. 1 Bst. b der Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004²⁾ als Reglement:

I.

1 Geltungsbereich

Art. 1 Name

¹ Unter dem Namen "Fonds zur Förderung der Arbeitsintegration (SONO-Fonds)" besteht in der Stadt St.Gallen ein Fonds zur Förderung der Arbeitsintegration.

Art. 2 Zweck

¹ Der Fonds bezweckt die Unterstützung von:

- a) natürlichen Personen mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen, deren Arbeitsintegration gefördert werden soll;
- b) Institutionen und Projekten, welche die Arbeitsintegration von Personen mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen fördern.

¹⁾sGS 151.2.

²⁾SRS 111.1.

2 Leistungsvoraussetzungen

2.1 Natürliche Personen

Art. 3 Voraussetzungen für finanzielle Unterstützung

¹ Die finanzielle Unterstützung setzt voraus, dass natürliche Personen:

- a) ihren Wohnsitz in der Stadt St.Gallen haben;
- b) arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, oder während einer Anstellung in einem prekären Arbeitsverhältnis durch eine Massnahme der Arbeitsintegration die Chance auf eine nachhaltige Einbindung in den Arbeitsmarkt erhöhen können;
- c) arbeitsmarkt- und vermittlungsfähig sind;
- d) das persönlich artikuliert Ziel verfolgen, den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu erhalten, wiederherzustellen oder nachhaltig zu sichern.

Art. 4 Subsidiarität

¹ Kann die antragstellende Person die beantragte Leistung ganz oder teilweise aus eigenen Mitteln oder gesetzlichen Regelstrukturen bestreiten, werden keine oder subsidiär Beiträge aus diesem Fonds ausgerichtet.

2.2 Institutionen und Projekte

Art. 5 Voraussetzungen für finanzielle Unterstützung

¹ Die finanzielle Unterstützung setzt voraus, dass sich Institutionen und Projekte an Personen gemäss Artikel 3 Absatz 1 dieses Reglements richten.

² Institutionen und Projekte besitzen die nötige Expertise und stellen sicher, dass die Mittel im Sinne von Absatz 1 eingesetzt werden.

Art. 6 Subsidiarität

¹ Institutionen und Projekte werden subsidiär unterstützt.

3 Art und Höhe der Leistung

Art. 7 Leistungsarten

¹ Aus dem Fonds werden einmalige Beiträge in Form nicht rückzahlungspflichtiger Geldleistungen gewährt.

² Aus dem Fonds können vertraglich geregelte, zinsfreie Darlehen gewährt werden.

³ Es besteht kein Rechtsanspruch auf Leistungen aus diesem Fonds.

4 Finanzierung

Art. 8 Fondsmittel

¹ Der Fonds verfügt über ein Grundkapital von CHF 9'281'926.65, das aus der Liquidation des Vereins SONO (Verein für soziale Nothilfe) geöfnet worden ist.

² Der Fonds kann zudem durch Legate, Schenkungen sowie Zinserträge geöfnet werden.

³ Jährlich können aus dem Fonds bis CHF 500'000 verwendet werden.

5 Organisation und Verfahren

Art. 9 Zuständigkeiten

¹ Für die Zusprechung von Leistungen gemäss Art. 7 Abs. 1 und 2 ist pro Antrag zuständig:

- a) bis CHF 5'000 die Leiterin bzw. der Leiter der Sozialen Dienste;
- b) von CHF 5'001 bis CHF 50'000 ein Ausschuss auf Antrag der Leiterin bzw. des Leiters der Sozialen Dienste;
- c) ab CHF 50'001 der Stadtrat auf Antrag eines Ausschusses.

² Die Direktorin bzw. der Direktor Soziales und Sicherheit wird jährlich schriftlich über sämtliche Leistungen orientiert.

Art. 10 Ausschuss

¹ Für die Beurteilung von Gesuchen nach Art. 9 Abs. 1 Bst. b und c dieses Reglements wird ein Ausschuss gebildet.

² Der Ausschuss setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen.

³ Der Ausschuss wird präsiert von der Direktorin bzw. dem Direktor Soziales und Sicherheit. Einsitz nehmen die Leiterin bzw. der Leiter Soziale Dienste sowie drei verwaltungsexterne Personen aus unterschiedlichen Fachbereichen.

⁴ Die Wahl der Mitglieder erfolgt auf Vorschlag der Direktorin bzw. des Direktors Soziales und Sicherheit durch den Stadtrat für die Dauer einer Legislatur.

⁵ Für die Entschädigung der verwaltungsexternen Mitglieder ist das Reglement über die Entschädigung der Mitglieder von Verwaltungskommissionen vom 10. November 2020¹⁾ (Entschädigungskategorie 2) massgebend. Die Entschädigung wird aus dem Fonds entrichtet.

⁶ Der Ausschuss ist beschlussfähig, sofern drei Mitglieder anwesend sind. Er fasst alle Beschlüsse mit dem einfachen Mehr der abgegebenen Stimmen.

⁷ Sofern alle Mitglieder einverstanden sind, kann die Beschlussfassung auch auf dem Zirkularweg erfolgen.

⁸ Im Übrigen organisiert sich der Ausschuss selbst.

Art. 11 Gesuch

¹ Gesuche um Leistungen aus dem Fonds sind schriftlich mittels Gesuchsfomular bei den Sozialen Diensten zur Prüfung einzureichen.

² Das Gesuch natürlicher Personen umfasst namentlich:

- a) ein Motivationsschreiben;
- b) einen Lebenslauf;
- c) Steuerveranlagung;
- d) Details zur Finanzierung.

³ Gesuche von Institutionen und Projekten umfassen namentlich:

- a) einen Business-Plan;
- b) Details zu Jahresbudget, Jahresrechnung und Finanzierung.

⁴ Die Sozialen Dienste können weitere Unterlagen verlangen.

¹⁾ SRS 181.5.

⁵ Bei unvollständigen oder unzureichenden Unterlagen wird auf das Gesuch nicht eingetreten.

Art. 12 Mitteilung Beschluss

¹ Die Sozialen Dienste teilen der Gesuchstellerin bzw. dem Gesuchsteller mittels Schreiben den Beschluss mit.

² Die Gesuchstellerin bzw. der Gesuchsteller kann innert 14 Tagen nach Erhalt des Schreibens eine anfechtbare Verfügung verlangen.

Art. 13 Meldepflicht

¹ Die Gesuchstellerin bzw. der Gesuchsteller ist verpflichtet, innert 30 Tagen nach Kenntnis von Veränderungen der Leistungsvoraussetzungen vor und/oder während der Massnahmendauer diese den Sozialen Diensten mitzuteilen.

Art. 14 Auszahlung

¹ Die Auszahlung der Beiträge erfolgt innert 30 Tagen nach Mitteilung des Beschlusses durch die Sozialen Dienste.

² Bei wesentlichen Veränderungen der Leistungsvoraussetzungen können die Beiträge gekürzt oder zurückgefordert werden.

Art. 15 Rückzahlung

¹ Auf die vollständige oder teilweise Rückzahlung von Darlehen kann ausnahmsweise verzichtet werden.

² Die Zuständigkeiten für den vollständigen oder teilweisen Verzicht auf die Rückzahlung von Darlehen gemäss Absatz 1 richten sich nach Artikel 9 dieses Reglements.

³ Wer infolge unwahrer oder unvollständiger Angaben eine Leistung aus diesem Fonds erhalten hat, ist zur Rückzahlung verpflichtet.

⁴ Strafrechtliche Massnahmen bleiben vorbehalten.

Art. 16 Verwaltung

¹ Die Verwaltung des Fonds (Fondsrechnung) wird durch die Dienststelle Finanzen besorgt.

Art. 17 Kontrollstelle

¹ Die Jahresrechnung wird von der Finanzkontrolle der Stadt St.Gallen geprüft.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Dieses Reglement untersteht dem fakultativen Referendum. Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten.

St.Gallen, ...

Im Namen des Stadtparlaments

Die Präsidentin:

Alexandra Akeret

Der Ratssekretär:

Manfred Linke